

Schulleiter schlagen Alarm

Direktoren fühlen sich durch zusätzliche Aufgaben wie Inklusion, Integration und Verwaltungsarbeit überlastet

VON SANDRA BUSCH

Die Schulleiter in Hessen fühlen sich nicht mehr in der Lage, alle ihnen zugetragenen Aufgaben zu stemmen. Durch zusätzliche Arbeit mit inklusiver Beschulung, Integration von Geflüchteten, Ausbau der Ganztagschule und Verwaltungsaufgaben seien alle Beteiligten überlastet, sagt Herbert Daubner-Flöck, Vorsitzender der Vereinigung der hessischen Schulaufsichtsbeamten. „Die eigentlichen Aufgaben können so nicht mehr erfüllt werden.“

Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte haben am Montag bei der Versammlung mehrerer Interessenverbände im Bikuz Höchst eine gemeinsame Erklärung aufgesetzt: Sie fordern zusätzliche Ressourcen – mehr Personal, mehr Geld, mehr Räume.

Zudem wollen sie eine Bestandsaufnahme ihrer Aufgabenfelder erhoben haben. Verwaltungsaufgaben sollten von speziell ausgebildetem Personal und nicht von Pädagogen erledigt werden. Unterzeichner der Erklärung sind die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Vereinigung der Oberstudiendirektoren (VOSTD), der Interessenverband der Schulleiter (IHS), die Vereinigung der Schulaufsichtsbeamten, der Verband Bildungsfaktor Abitur sowie die Arbeitsgemeinschaft der Direktoren an beruflichen Schulen und deren Studientseminaren (AGD).

Durch die zusätzlichen Aufgaben bleibt für Annette Greilich von der AGD und Leiterin der Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten in Gießen etwa die Schulentwicklung auf der Strecke. „Dafür braucht man Zeit, aber

im Tagesgeschäft gibt es keine mehr für konzeptionelle Arbeit.“ Matthias Doebel von der IHS hat beobachtet, dass die Zahlen von Eltern- und Schülerbeschwerden in den vergangenen zwei bis drei Jahren gestiegen sind, Krisen-

Am Ende leidet die Unterrichtsqualität

und Fallmanagement sehr viel Zeit beanspruchen. „Da kommen wir an die Belastungsgrenze, das spiegeln auch die Überlastungsanzeigen der Schulen wider.“

Vor allem Verwaltungsaufgaben rauben den Schulleitern viel Zeit. Frank Ausbüttel von der VOSTD und Leiter der Frankfurter Freiherr-vom-Stein-Schule spricht von einer „Reformitis“ in den vergangenen Jahren. Die Einführung von Programmen et-

wa zur Planung von Personal und Budget, „die kann nur mit Fort- und Weiterbildung geleistet werden“. Die komme aber oft zu spät. Greilich sieht Buchhaltungsaufgaben auch nicht als ihren Job an. „Wir machen zu viel Fachfremdes.“

Bei der Stellenbesetzung wird beklagt, dass die Verfahren zu lange dauern. Monate. Mehr als 100 Funktionsstellen sind derzeit in Hessen ausgeschrieben, „aber darüber hinaus sind etliche mehr unbesetzt“, sagt Greilich. Sie seien bereits im Verfahren, kämen jedoch nicht voran, weil den Schülern das Personal fehle. Teilweise müssten Schulleiter daher zwei Schulen führen.

Außerdem wird in der Erklärung darauf hingewiesen, dass der Grundsatz der Bestenauslese gilt. „Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte werden nicht nach

Befähigung ausgewählt“, sagt Birgit Koch (GEW), „sondern nach Parteizugehörigkeit.“

Mit ihrer Erklärung wollen die Schulleiter und Schulaufsichtsbeamten die Politik auf ihre Lage aufmerksam machen. Es ist der zweite Teil der „Frankfurter Erklärung“, bereits im März wiesen sie darauf hin, die Aufgaben nicht mehr verantwortlich leisten zu können. Die Forderungen würden von Mal zu Mal konkreter, sagt Greilich. Und mit Blick auf die Landtagswahl 2018 sagt Doebel: „Wir wollen in der Prioritätenliste der Parteien auf die vorderen Plätze.“ Denn wenn ein Schulleiter seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen könne, „dann schlagen sich die Reibungsverluste auch im Unterricht nieder“. Dann leide die Qualität. Und am Ende gehe es dann zulasten der Schüler.